

Europäisches Parlament empfiehlt der EU übereinstimmende Vorgehensweise gegenüber Russlands Tschetschenienpolitik

(Agence Europe) Bei der Entgegennahme des Berichts von Bastiaan Belder (EDD, Niederlande) empfahl das Europäische Parlament am Donnerstag der Europäischen Union eine übereinstimmendere Vorgangsweise gegenüber Russland und des weiteren eine verstärkte Standhaftigkeit im Hinblick auf Dossiers wie Tschetschenien.

Zur Verbesserung des Dialogs schlug das Europäische Parlament vor, das der Europarat Prioritäten setzt und sich auf konkrete Maßnahmen einigt, die zu einer einheitlichen Position gegenüber Russland führen und alle Mitgliedsstaaten dazu aufruft, nichts zu tun, was die Möglichkeiten der Einflussnahme der EU schwächen könnte.

Das EP empfiehlt weiterhin, dass der Europarat seinen Standpunkt hinsichtlich der automatischen Erweiterung der EU/Russland-Partnerschaft und das Zusammenarbeitsabkommen mit den 10 zukünftigen Mitgliedstaaten der EU am 1. Mai 2004 beibehält und verlangt, dass Russland das Grenzabkommen mit Estland und Letland sofort ratifiziert.

Bezüglich Tschetschenien empfiehlt das EP, dass der Ausschuss:

- **detaillierte Vorschläge hinsichtlich einer Schlichtung unterbreitet**
- **den Aufruf an Russland erneuert, Verletzungen der Menschenrechte zu beenden und Erkundigungen hinsichtlich des Verschwindens von Menschen und Folterungen einzuholen, sowie Mitarbeitern der UNO zu erlauben, in Tschetschenien tätig zu sein.**

Das EP ruft die EU dazu auf, die Befreiung des in Tschetschenien entführten Arjan Erkel (Mitarbeiter der "Ärzte ohne Grenzen") zu unterstützen und fordert, die Deportation der Tschetschenen im Jahr 1944 als Genozid zu bezeichnen sowie sich zur Lösung des Konflikts an den Akhmadow-Friedensplan zu halten (Europa, 26.2., Seite 6).

Das Europäische Parlament

- kritisiert die Tatsache, dass die vor Kurzem von Russland durchgeführten Aktionen gegen Youkos und die Soros-Foundation zu starkem "Misstrauen wegen politischer Einmischung in der rechtlichen Handlungsweise" geführt haben
- besteht darauf, dass Russland seiner Verpflichtung nachkommt, Truppen aus Transnistrien und Georgien abzuziehen und das Kyoto-Protokoll einzuhalten
- ruft Russland dazu auf, Sicherheitsmaßnahmen in den Küstenregionen durchzuführen und einwandigen Öltankern den Zugang zu Häfen mit hohem Einfrierisiko zu verbieten
- besteht darauf, dass der Rat den Export russischen Stroms in den Europäischen Markt ermöglicht unter der Bedingung einer stufenweisen Abschaffung von "First Generation PBMK-Atomreaktoren", erhöhter Sicherheit für alle anderen Atomreaktoren und besserer Entsorgung von Atommüll.

In seinem Bericht übte Bastiaan Belder Selbstkritik an der EU wegen ihres Standpunktes gegenüber Russland. Er habe das Gefühl, das Problem sei in der "konkreten Anwendung" von Verfahrensweisen definiert unter Dossiers wie die Youkos Affäre, Kaliningrad und insbesondere Tschetscheniens. "Der Rat sollte mit Nachdruck gegen Herrn Putin wegen des Verschwindens von Menschen und der Ermordungen tschetschenischer Staatsangehöriger protestieren", sagte er.

Im Namen der EPP-ED rief der Schwede Per-Arne Arvidsson die EU dazu auf, bezüglich des Konflikts in Tschetschenien aktiver vorzugehen. Er sagte, die EU solle darauf bestehen, "dass Russland diesen "blutigen Krieg in Europa friedlich beendet (...), welcher nun schon seit 10 Jahren andauert."

Ebenfalls kritisierte er die Medienkontrolle in Russland. Die GUE/NGL stimmte dem zu und fügte hinzu, dass die Lage in Tschetschenien inakzeptabel sei. Russland weise die Tendenz zu einem "autoritären Regierungssystem und einer befangenen Demokratie auf", sagte der Deutsche André Brie. Währenddessen er dem Bericht Belders seine Zustimmung gab, hätte er eine "stärkere Kritik gegenüber dem Rat der EU und den Mitgliedsstaaten begrüßt". Er verurteilte- abgesehen von dem Benehmen Silvio Berlusconi- das Verhaltens Deutschlands, das sich vor dem russischen Präsidenten "verbeugt".

Die Abwesenheit eines Repräsentanten des Rats im Parlament bedauernd, kritisierte der belgische Abgeordnete Oliver Dupuis der Lista Bonino die Verhaftung von Herrn Khorodowski (Präsident des russischen Riesenöltankers Youkos, der im Oktober verg. Jahres in Russland verhaftet wurde). "Zu Hause hätten wir nicht einen Bruchteil von dem, was ihm passiert ist, akzeptiert", sagte er. Dann wandte er sich zum Thema Tschetschenien an Chris Patten: **"Wenn 200.000 Menschen "ausradiert" worden sind, sollten wir dann von Übertretung der Menschenrechte sprechen oder von Genozid?"**, fragte er.

"Die Kommission hat Russland auf dem Altar des Handels geopfert", sagte der Finne Reino Paasilina von der PES. "Wir brauchen direkten Einfluss auf Putin und Verhandlungen ohne Hürden und nicht den Boykott Russlands", sagte er. Ähnlich denkt sein Landsmann Paavo Varynen, Sprecher der Liberalen, dass "Androhung von Sanktionen nicht hilfreich sind und dass die "spezifischen Eigenheiten" der russischen Politik miteinbezogen werden müssten."